



Die Stadtverordnetenversammlung
- Haupt- und Finanzausschuss -

Tagesordnung I Punkt 2 der öffentlichen Sitzung am 7. März 2018

Vorlagen-Nr. 18-F-21-0020

**Freigabe von Personalbedarfsmitteln im Haushaltplan 2018/2019
-Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen zum
Beschluss Nr. 0335 des Haupt- und Finanzausschusses vom 14./15. November 2017 vom
27.02.2018-**

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschluss Nr. 0335 des Haupt- und Finanzausschusses vom 14./15. November 2017

„Die o.g. Sitzungsvorlagen sind durch die Beschlussfassung des Haupt- und Finanzausschusses zum gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen BP 0349 vom 14./15.11.2017 erledigt.

Die Finanzierung des zusätzlichen Personalbedarfs für den Aufbau eines Radverkehrsbüros und für die Erschließung von Wohngebieten (SV 17-V-66-0104) erfolgt aus Überleitungsmitteln.“

wird wie folgt geändert:

Die *Sitzungsvorlagen 17-V-67-0004 Sanierung Unterkünfte Grünflächenamt, 17-V-67-0008 Personalbedarf 6702 und 17-V-66-0104 Personalbedarf Radverkehrsbüro* sind durch die Beschlussfassung des Haupt- und Finanzausschusses zum gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen BP 0349 vom 14./15.11.2017 erledigt. Die Finanzierung des zusätzlichen Personalbedarfs für den Aufbau eines Radverkehrsbüros ~~und für die Erschließung von Wohngebieten (SV 17-V-66-0104)~~ erfolgt aus Überleitungsmitteln.

Die Finanzierung des zusätzlichen Personalbedarfs für die Erschließung von Wohngebieten (17-V-66-0104) erfolgt aus den bereits beschlossenen Zusetzungen zum Haushalt der Kooperation von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gemäß der laufenden Beschlussnummer 280.

Beschluss Nr. 0053

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Die Sitzungsvorlagen 17-V-67-0004 Sanierung Unterkünfte Grünflächenamt, 17-V-67-0008 Personalbedarf 6702 und 17-V-66-0104 Personalbedarf Radverkehrsbüro sind durch die Beschlussfassung des Haupt- und Finanzausschusses zum gemeinsamen Antrag von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen BP 0349 vom 14./15.11.2017 erledigt.

Die Finanzierung des zusätzlichen Personalbedarfs für den Aufbau eines Radverkehrsbüros erfolgt aus Überleitungsmitteln.

Die Finanzierung des zusätzlichen Personalbedarfs für die Erschließung von Wohngebieten (17-V-66-0104) erfolgt aus den bereits beschlossenen Zusetzungen zum Haushalt der Kooperation von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gemäß der laufenden Beschlussnummer 280.

Tagesordnung II

Wiesbaden, .03.2018

Belz
Vorsitzender